

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 26

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

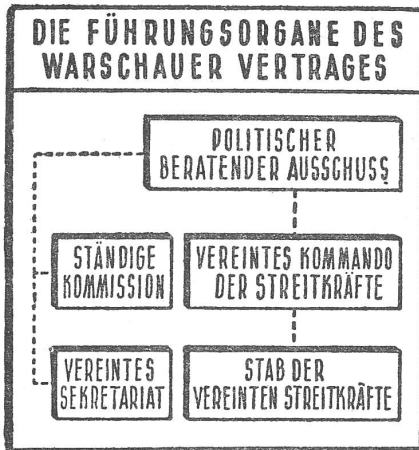
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



MOBILISIERUNGSGRAD BEI JEWEILS 12 PROZENT	
SOZIALISTISCHE STAATEN (etwa 1 000 000 000 Einwohner)	120 000 000 SOLDATEN
IMPERIALISTISCHE BLOCKSTAATEN (etwa 500 000 000 Einwohner)	60 000 000 SOLDATEN

Parallel mit der Propagierung der «friedlichen Koexistenz» geht im Ostblock die kriegsrische Aufrüstung einher. Seit 8 Jahren sind die europäischen Satelliten unter Führung Moskaus im Warschauer Pakt militärisch zusammengeschlossen. Er ermöglicht es der Sowjetunion insbesondere, Truppen in den einzelnen Volksdemokratien stationiert zu halten. Im kommunistischen Jargon werden die Ostblockkräfte als Friedensmacht der imperialistischen Kriegsmacht gegenübergestellt. (Darstellungen aus «Neues Deutschland» vom 14. 6. 1963.)

Der sowjetische Staatsplan für juristische Forschungen für die Jahre 1963/64 enthält sieben Problemkreise; davon werden vier der Probleme des Gegenwartsrechts, einer der Geschichte des Sowjetrechts und zwei den internationalen juristischen Problemen gewidmet, wobei die letzt-erwähnten zur Förderung des betont offensiven Charakters der friedlichen Koexistenzpolitik beitragen sollen.

Eine wichtige Aufgabe der Sowjethistoriker und Philosophen ist es, die Erfahrungen des «sozialistischen Aufbaues» in den zentralasiatischen Unionsrepubliken zusammenzufassen und diese den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Diese Staaten befinden sich laut sowjetischer Darstellung nämlich jetzt in einem ähnlichen Entwicklungsstadium, wie seinerzeit die erwähnten Sowjetrepubliken. Parallel müssen die Wissenschaftler der zentralasiatischen Sowjetrepubliken die Entwicklung der asiatischen Länder studieren. «Die sowjetischen Ostexperten müssen der Erforschung des Ostens, vor allem der Nachbarstaaten, erweiterte Aufmerksamkeit widmen. Die Werke der Ostexperten der Republik (in diesem Falle Usbekistan) müssen dem grossen, edlen Ziel dienen: den Völkern des Ostens in ih-

rem schweren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit behilflich zu sein», heisst es etwa in einer dieses Jahr in Taschkent veröffentlichten Studie.

Aehnliche Aufgaben warten auch auf die übrigen Gebiete der Sozialwissenschaften. Aus diesen Einzelheiten kann man mit Recht darauf schliessen, dass der kommunistische Block in den kommenden Jahren seine wühlerische Tätigkeit, welche er «Kampf» nennt, gegen die nichtkommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unter dem Deckmantel der Politik der «friedlichen» Koexistenz fortsetzen, sogar erweitern wird. Durch die friedliche Koexistenz wird er auch in Zukunft seine strategischen Zielsetzungen tarnen, damit er die Gegner als Kriegshetzer und Feinde des Friedens bezeichnen kann.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend muss betont werden:

1. Die friedliche Koexistenz hat eigentlich mit dem Frieden nichts zu tun, denn sie dient lediglich zur Tarnung einer politischen und ideologischen — falls es notwendig ist, sogar bewaffneten — weltweiten kommunistischen Offensive. Nach sowjetischer Version müssen die sozialistischen Länder im internationalen Klassenkampf «offensive Positionen» einnehmen.
2. Sie stellt der eigenen Aggressionsdefinition entsprechend eine indirekte und ideologische Aggression dar.
3. Sie widerspricht direkt den in der Einleitung und in den Artikeln 1 bis 2 der Uno-Charta verankerten Zielsetzungen sowie den grundlegenden Prinzipien des geltenden Völkerrechtes über Nichteinmischung.
4. Sie stellt für alle nichtkommunistischen Länder eine unmittelbare Bedrohung dar,

da die kommunistische Politik die kommunistische Weltgesellschaft (durch die erwähnten, vereinzelt «sozialistischen Revolutionen») in einem ziemlich nahen Zeitpunkt errichten will. Die kommunistische Weltbewegung, insbesondere die UdSSR, haben schon fertige Theorien dafür, wie die kommunistische Weltgesellschaft und Weltwirtschaft vom «Weltsowjet der kommunistischen Gesellschaft» (welcher von regionalen Konferenzen und letzten Endes von der Weltkonferenz der Volksvertreter auf indirektem Weg gewählt wird) unter der Leitung der Kommunistischen Partei verwaltet wird.

5. Die Tatsache, dass in der Wühlarbeit gegen die nichtkommunistischen Staaten die einzelnen Staaten die kommunistische Partei verschieben, darf niemanden irreführen. Denn im «Sozialismus» sind Partei und Staat miteinander praktisch zusammengeschmolzen: Der Staat wird von der Partei geleitet und kontrolliert.

6. Die propagierten Grundsätze der Politik der «friedlichen Koexistenz» sind nur so weit gültig, bis sich ein Staat dem «sozialistischen Weltsystem» anschliesst. Wie auch die sowjetische offizielle These lautet, kommt den sozialistischen Staaten gegenüber die friedliche Koexistenz nicht zur Anwendung; hier gilt die Politik des «proletarischen» bzw. «sozialistischen» Internationalismus. Im Verhältnis zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien gelten nicht das Verbot der Aggression, die obligatorische Anerkennung der Souveränität, der Selbstbestimmung, das Recht zur nationalen Staatlichkeit und zur Aenderung des Systems — welche im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz aus propagandistischen Gründen besonders hervorgehoben werden. Jeder Versuch der Volksdemokratie, aus ihrem angeblichen Recht zur Unabhängigkeit und Aenderung des Systems Gebrauch zu machen, wurde von den sich gewaltsam einmischenden Sowjettruppen blutig niedergeschlagen, wie im Juni 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, im Oktober/November 1956 in Ungarn und im Sommer 1956 in Posen. Der Behauptung, wonach die Aggression eine «brüderliche Hilfe» war, widersprechen eine grosse Anzahl von Uno-Resolutionen, welche von keinem kommunistischen Land geachtet wurden, die blutigen Repressalien und die Verschleppung der ungarischen Freiheitskämpfer in die UdSSR.

J. Sz.

Kunst

CSSR

Künstler berufen sich auf Kuba

Die tschechoslowakischen Maler, denen der dauernde offizielle Befehl, sich an den sozialistischen Realismus zu halten, allmählich auf die Nerven zu gehen beginnt, weisen zu ihrer Rechtfertigung nunmehr auf die Verhältnisse in Kuba hin.

Die in Ostrau erscheinende kommunistische Tageszeitung «Nova Svoboda» klagte unlängst darüber, die Verdammung des Abstraktionismus und Formalismus als unnützer, nicht-progressiver und degenerierter Kunstrichtungen führe lediglich dazu, «dass die Künstler aufstehen und erwidern, wir sollten doch nach Kuba blicken, wo die Abstrakten Seite an Seite mit den Realisten arbeiten und selbst Tausende



Billig aus chinesischer Serienproduktion. («Ljesch»)



Sogar in Jugoslawien besteht der Streit der zwei Seelen — «westliche Dekadenz» oder «sozialistischer Realismus» — in der Brust der Künstler. Tito selbst hat seinem Widerwillen gegen die «entartete Kunst» deutlichen Ausdruck gegeben, ohne dass freilich sein Diktat im gleichen Ausmass befolgt zu werden hätte wie ähnliche Anweisungen in der CSSR, Bulgarien oder Rumänien. Der Text zu diesem Bild aus «Vjesnik» (Zagreb) lautet: «Das (links) stelle ich im Ausland aus und das (rechts) im Inland.»

von abstrakten und formalistischen Gemälden nicht die kubanische Revolution niederschlagen konnten».

Aus dem Artikel des Blattes ging hervor, was die tschechischen und slowakischen Intellektuellen, deren Ruf nach mehr Freiheit immer lauter wird, von der neuerlichen künstlerischen Hexenjagd halten, die in Moskau begonnen hat und von den stalinistischen Parteiführern in Prag diensteifrig mitgemacht wird.

Viele Künstler und Kulturschaffende, so schrieb das Blatt, hätten Angst, «in ihren Zirkeln» des Dogmatismus verdächtigt zu werden, wenn sie offen die Erklärungen der Genossen Chruschtschew und Novotny unterstützten.

Es sei schwierig, so hiess es weiter, sich nicht zu schämen, wenn Leute davor zurückschrecken, offen in «dieser sozialistischen Republik» zu erklären, sie seien für den sozialistischen Realismus.

Es gebe sogar Leute, die den Politikern das Recht absprechen, sich überhaupt in kulturelle Belange einzumischen, schrieb das Blatt unangenehm berührt.

Diese Leute argumentierten folgendermassen: «Sollen die Politiker sich doch um die Industrie und den Anbau von Mais, das Transportwesen und den Kampf um den Frieden kümmern; was nun aber die Kunst betrifft — sollten da nicht nur die mitreden, die etwas davon verstehen?»

Und noch kühner: «Lasst uns doch experimentieren, entzieht uns nicht die schöpferische Freiheit. Warum werden die abstraktionistischen Experimente abgelehnt, wo man doch für Experimente in der Nationalwirtschaft Millionen geopfert hat?»

«Nova Svoboda» trat allen diesen Ansichten schärfstens entgegen. «Es ist unmöglich, den Einfluss der Partei in dieser Sphäre zu eliminieren, wo sich doch die Künstler zum 'Gewissen' des Volkslebens machen wollen, einem Gewissen, das keine Einmischung von ausserhalb dulden kann, wenn es sich schöpferisch entwickeln soll», erklärte das Blatt.

Das Blatt wiederholte die in einer vom 12. Parteikongress im Dezember des vergangenen Jahres angenommenen Resolution enthaltenen Warnung, wonach «allen liberalen Tendenzen, dem Einfluss der bürgerlichen Ideologie und der kleinbürgerlichen Psychologie entschieden ein Ende bereitet werden muss». Die Partei

werde Druckmittel anwenden, wann immer das Gewissen der Künstler sich weigere, sich zu unterwerfen, und «es muss offen gesagt werden, die Partei wird auf dieses Recht niemals verzichten».

Die kommunistische Zeitung erklärte geradeheraus: «Wer schöpferisch tätig ist, muss damit rechnen, dass man sich in seine Arbeit einmischet.»

Erziehung

UdSSR

Die mangelhafte Schulreform

Im Juni, am Ende dieses Schuljahres, verlassen die ersten Absolventen die 1958 nach einer grundlegenden Schulreform gebildeten 11jährigen Schulen mit Produktionsausbildung. Es fällt auf, dass die Zahl der Absolventen, die ein Zeugnis über den erlernten Beruf erhalten, mit 400 000 angegeben wird, während die Gesamtzahl der Oberschüler zwischen einer und zwei Millionen liegt.

Die Erklärung für diese kleine Zahl von Schülern, die gleichzeitig mit dem Schulunterricht eine Berufslehre absolvieren, liegt darin, dass der sogenannte Produktionsunterricht in den Schulen neuen Typs bis jetzt nicht richtig organisiert werden konnte.

Nur in Moskau und Leningrad gibt es genügend Lehrstellen für alle Schüler der Oberklassen, in anderen Städten und Ortschaften ist aber die Situation so, dass die Zahl der vorhandenen Lehrstellen nur einem Bruchteil der Schülerzahl entspricht.

Die «Prawda» berichtete kürzlich, dass im Gebiet von Belgorod mit Tausenden von Schülern der 10. und 11. Klassen nur zwei Betriebe mit — 56 Lehrstellen vorhanden sind. Im Gebiet von Lipezk gibt es überhaupt keine Lehrstellen für die Schüler der Mittelschulen. Im Gebiet von Sverdlovsk haben laut «Prawda» 10 000 Mittelschüler keine Lehrstellen und im Gebiet von Rostow — deren 4000.

Wo es gelingt, eine genügende Zahl von Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, weist die Organisation und die Methodik des Produktionsunterrichtes grosse Mängel auf. In Woronesch zum Beispiel «machen fast alle Oberschüler die Schlosserlehre», obwohl in dieser Stadt niemals so viele

Schlosser gebraucht werden können. Im Gebiet von Tomsk werden in einem grossen Gummiwarenwerk die Mittelschüler während voller drei Jahren zu «Spezialisten» für Gummisohlen ausgebildet. Dabei ist doch klar, dass für diese Ausbildung weder eine so lange Ausbildungszeit noch die Mittelschulbildung notwendig sind.

Schon vor zwei Jahren kamen die Fachleute auf Grund der gesammelten Erfahrungen mit den neuen Schulen zu sehr pessimistischen Schlussfolgerungen über den Effekt der Schulreform von 1958. Bekanntlich fasste damals der Ministerrat den Beschluss «Ueber die Verbesserung der Produktionsausbildung der Mittelschüler», der aber die Lage nicht zu beeinflussen vermochte. Und heute droht die «Prawda» mit schweren Strafen allen jenen, die die Schulreform nicht ernst nehmen, statt die unrealistischen Pläne von 1958 und in erster Linie Chruschtschew selbst zu bestrafen.

Polen

Pfadfinderbewegung in Gefahr

Polen hat als einziger Ostblockstaat noch eine Pfadfinderbewegung. Aber sie ist heute in Gefahr, von den kommunistischen Jugendorganisationen einverleibt zu werden. Obwohl sie sich so bescheiden zurückhält, dass man kaum in den anderen Ostblockstaaten von ihrer in Polen überdauernden Existenz weiss, hat sie allein durch ihre ständig wachsende Mitgliederzahl an Einfluss gewonnen.

Nach der kommunistischen Machtergreifung in Polen gab es nur zwei Jugendorganisationen: Den «Verband der Polnischen Jugend» (ZMP) und die im Schutze der katholischen Kirche überdauernden Pfadfinder. Sie genossen weder staatliche Unterstützung noch offizielle Anerkennung, während der ZMP als Staatsjugend mehr als zwei Millionen Mitglieder meldete. Nach dem Polnischen Oktober 1955 erschien es den Kommunisten zweckmässig, die Staatsjugend nicht mehr zentralistisch zu dirigieren und aus politischen Gründen den Bauern eine eigene Organisation zu geben: Anstelle des ZMP wurde als direkte Organisation der Kommunistischen Partei der «Verband der Sozialistischen Jugend» (ZMS) gegründet. Für das Land wurde der neugegründete «Verband der bäuerlichen Jugend» für zuständig erklärt und der Vereinigten Bauernpartei angegliedert. Sie ist Polens zweitstärkste Partei und ein Satellitenverband der Kommunisten.

Trotz dieser organisatorischen Aufgliederung beklagen die Kommunisten nach wie vor, dass die junge Generation ein ruhiges Leben und eine Karriere zu erreichen trachtet, anstatt im Namen der Ideologie Opfer zu bringen und sich politisch zu betätigen. Gerade die dem Fortschritt und der ganzen Welt aufgeschlossene polnische Jugend gärt immer wieder wie junger Wein über und kann von den morschen Schläuchen der Partei nicht gebändigt werden.

Die Dogmatiker unter den polnischen Kommunisten werfen Gomulka die Aufspaltung des einstmalig zentral dirigierten ZMP vor, obwohl dieser nur dadurch die kommunistische Politik auf dem Lande durch eine eigene Organisation wirkungsvoller zur Anwendung bringen wollte. Aber das

ist völlig misslungen. Mehr noch: Beide Jugendorganisationen melden je nur rund 600 000 eingeschriebene Mitglieder, fast eine halbe Million hingegen konnten sie nicht mehr erfassen. Auf der Suche nach ihnen stiessen die Kommunisten auf den angewachsenen Mitgliederbestand der Pfadfinder. Diese Organisation zählte ein Jahr nach dem Polnischen Oktober 1955 1,5 Millionen Mitglieder im Alter von 7 bis 18 Jahren. Das war ein deutlicher Vertrauensbeweis für diese Organisation, die sich bemühte, einen unpolitischen Charakter zu behalten. Aber nach einer Schonperiode war das vorbei und es schien vielen Mitläufern ratsamer, ihrer Karriere zuliebe ein Mitgliedsbuch des kommunistischen Jugendverbandes vorweisen zu können: 1959 hatte der polnische Pfadfinderverband nur noch 500 000 Mitglieder. Seitdem aber wuchs der Bestand an Mitgliedern erneut. Heute sind es wieder 900 000, also mehr, als jeder der beiden kommunistischen Verbände vorweisen kann. Und das ist für die Kommunisten verständlicherweise recht ärgerlich. Sie versuchten einen Kompromiss zu ihren Gunsten, indem sie die Doppelmitgliedschaft im Pfadfinderbund und in einer politischen Jugendorganisation gestatteten. Aber die Anziehungskraft des Pfadfinderverbandes war gross. Er begann sich zu einer Art Dachorganisation der kommunistischen Jugendmitglieder zu entwickeln. Die Doppelmitgliedschaft musste schleunigst aufgehoben werden.

Nun wird die Vereinigung aller drei polnischen Jugendverbände gefordert, das heisst, die Pfadfinder sollen den parteigeführten Organisationen ihre Mitgliedschaft bringen und dafür auf eigene Führung verzichten.

SBZ Produktionslager

Die Forderung, «das natürliche Streben der Schüler, zu arbeiten und etwas zu verdienen, für die Ziele der sozialistischen Arbeitserziehung wirksam zu machen», haben in den letzten Wochen Vertreter der pädagogischen Wissenschaft und Lehrer in verschiedenen Bezirken der Sowjetzone erhoben. Als geeigneter Weg, diese Forderung in die Tat umzusetzen und die «erzieherischen Möglichkeiten der produktiven Arbeit» auszunutzen, ist die Zusammenfassung der Schüler aus den Klassen 8, 9 und 10 während eines Teiles der Sommerferien in sogenannten «Produktionslagern» vorgeschlagen worden. Dabei wird auf bereits gesammelte Erfahrungen hingewiesen, die die Maxim-Gorki-Oberschule in Claussnitz im Bezirk Chemnitz gemacht hat. Für die Teilnehmer des «Produktionslagers» dieser Schule war mit einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eine vier- bis sechsstündige Arbeitszeit pro Tag, von 7 bis 15 Uhr mit zwei Stunden Pause für Frühstück und Mittagessen vereinbart. Bezahlt wurde ein Stundenlohn von 1,08 Mark, der bei «grösserer Arbeitsleistung» bis auf 1,20 Mark anstieg.

Die «Produktionslager» sollen nach den Vorstellungen der Sowjetzonen-Pädagogen mithilfe, die Jungen und Mädchen auch in den Sommerferien zur Liebe zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen zu erziehen und durch geeignete, für jeden Schüler spezifische Arbeiten (in Industrie oder Landwirtschaft) die Berufsfindung zu erleichtern.

Handel

Sowjetunion

Exportqualität mangelhaft

Die sowjetische Lieferung von Einrichtungen in die Entwicklungsländer erfüllt in vielen Fällen wenigstens einen ihrer Zwecke nicht: Die Güte der kommunistischen Produktion zu propagieren.

Die Qualität lässt oft schon von Anfang an zu wünschen übrig, und die Versorgung mit Ersatzteilen, seit Jahr und Tag eine Schwäche der kommunistischen Wirtschaft, konnte anscheinend bis jetzt noch nicht befriedigend gelöst werden. In ihrem «friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten» (ein wichtiger Ergänzungsbegriff zur These der friedlichen Koexistenz) kann die Sowjetunion zwar auf beachtliche mengenmässige Erfolge hinweisen, hält aber bezüglich der Qualität nicht Schritt. Dabei werden die diesbezüglichen Anforderungen in den Entwicklungsländern um so höher steigen, je mehr sich ihr technisches Niveau hebt.

Nach einem Bericht der führenden argentinischen Zeitung «Prensa» (25. April 1963) hat die Oberste staatliche Kontrollstelle feststellen müssen, dass die von der Sowjetunion gekauften Erdöl-einrichtungen nicht nur qualitätsmässig schlecht, sondern auch von falscher Konstruktion und vor allem viel zu schwer sind, um mit den westlichen Produkten konkurrieren zu können. Infolgedessen mussten die teuren sowjetischen Maschinen aus dem Betrieb genommen und abgestellt werden. In vielen Fällen hatten sich — laut Bericht — die alten Maschinen der Bohrstellen besser bewährt als die neuen sowjetischen Produkte.

Wie bekannt, wurde der Liefervertrag zwischen einem Vertreter des staatlichen Erdölmonopols und der UdSSR in Moskau noch im Jahre 1958 unterzeichnet. Die Sowjetunion gewährte für die gelieferten

Maschinen einen langfristigen Kredit, wonach Argentinien bis 1972 mit den Zinsen 37 579 774,59 Dollar bezahlen muss. Da aber die Maschinen unbrauchbar waren, kam die Angelegenheit vor eine Kommission der Obersten staatlichen Kontrollstelle.

Aehnliche Nachrichten trafen auch aus Indonesien ein, der die Sowjetunion 1,35 Milliarden Dollar Warenkredite gewährt hat, davon 1 Milliarde für militärische Zwecke. Die gelieferten Waffen scheinen aber von zweiter Wahl zu sein: Die Flugzeuge hatten sich auffallend schnell abgenutzt, und die Torpedoboote stehen schon seit längerer Zeit still, weil für die Reparatur keine Ersatzteile eintreffen. Die sowjetischen Erdbaumaschinen waren veraltete Modelle und die Traktoren zu leicht für die indonesischen Verhältnisse.

Auch die «Ghana Trade Journal» (März 1963) beklagte sich wegen des schleppenden Tempos der sowjetischen Lieferungen, die einen so grossen Verzug aufweisen, dass die ausgestellten Lizenzen schon längst abgelaufen sind, bis etwas ankommt. Ferner hatten sich infolge falsch ausgestellter Dokumente zum Beispiel im Hafen von Tema lange Wartezeiten ergeben, womit sich die Hafengebühren oft um 200 Prozent erhöhten.

Die Tätigkeit der sowjetischen Techniker als geschulte Propagandisten ihres Systems dürfte unter solchen Umständen ebenfalls erschwert werden, wenn auch ihr Einfluss zu berücksichtigen bleibt.

Versorgung

Tschechoslowakei

Begehrte Löffel

Wenn man genügend Geld hat, so ist es in der CSSR leicht, ein Motorrad oder einen Fernsehapparat zu kaufen, aber es ist oft fast unmöglich, in den Besitz einer Kaffeetasse oder eines Teelöffels zu gelangen.

Die parteiamtliche «Rude Pravo» kritisierte diesen Mangel an einfachen Dingen des täglichen Lebens und forderte die dafür Verantwortlichen auf, «so schnell als möglich» Abhilfe zu schaffen.

Das Blatt bemerkte, es seien bis jetzt weniger Fernsehgeräte, Motorräder, Textilien, Schuhe und Möbel gekauft worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und fügte hinzu, es sei aber nicht möglich gewesen, den Bedarf an Autos, Kühlschränken und Sportgeräten zu befriedigen.

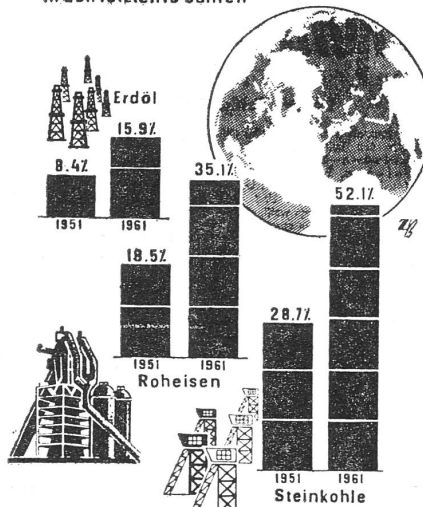
«Es ist verständlich, dass man nicht ohne weiteres die Produktion von Autos, Fleisch oder Kühlschränken verdoppeln kann. Wie aber soll man dem Verbraucher das Fehlen von so einfachen Gegenständen, wie Löffel, Uhren oder Kaffeetassen, auf dem Markt erklären?»

Rumänien Knappheit

Das Eingeständnis, dass es bei der Versorgung der rumänischen Bevölkerung mit Lebensmitteln zu häufigen Pannen komme, fand sich in der Bukarester Zeitung «Rominia Libera».

Das Blatt forderte eine bessere Verpackung und schnellere Verteilung von Obst und Gemüse und schrieb in diesem Zusammenhang: «Eine der Unannehmlichkeiten im vergangenen Jahr bestand darin,

**Anteil des sozialistischen Lagers
an der Weltproduktion
der wichtigsten Industrieerzeugnisse
in den letzten 10 Jahren**



Wenn auch die Qualität zu wünschen übrig lässt, so ist andererseits der bedeutende mengenmässige Zuwachs der sowjetischen Produktion an wichtigsten Gütern nicht ausser acht zu lassen. Erdöl und Stahl gehören zu ihnen. (Zeichnung aus «Junge Welt», Ostberlin.)

dass von Zeit zu Zeit bestimmte Sorten fehlten, was zu einer zeitweiligen Unterbrechung der Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse führte.»

Das Blatt wies darauf hin, dass häufig grosse Mengen von Obst und Gemüse durch zu lange Lagerhaltung verdürben. Dies sei auf die Unfähigkeit und Langsamkeit des staatlich gelenkten Verteilungssystems zurückzuführen.

Um einen, wie das Blatt es nannte, Qualitätsverlust zu vermeiden, sollten die örtlichen Behörden die Kollektivgüter anweisen, ihr Obst und Gemüse direkt zu dem von den Verbraucherorganisationen geleiteten Verteilungszentren zu bringen.

«Man sollte die von den Kollektivgütern gelieferte Ware eingehender prüfen und dazu Sorge tragen, dass sie auf schnellstem Wege in die Hände der Verbraucher gelangt, um eine Lagerung zu vermeiden», forderte «Rominia Libera».

Verkehr

UdSSR

Gefährlicher Tourismus

Kürzlich besuchte eine Gruppe von 36 israelischen Touristen die Sowjetunion. In Charkow wurde ein Mitglied dieser Gruppe, Jehuda Kogen, plötzlich von der sowjetischen Sicherheitspolizei verhaftet und in einem Auto weggeführt. Die israelische Botschaft in Moskau protestierte gegen diesen Menschenraub, verlangte die Zulassung von Vertretern der Botschaft zum Verhafteten Kogen und seine freie Ausreise nach Israel. Die sowjetischen Behörden teilten darauf mit, dass Kogen den sowjetischen Gesetzen untersteht, da er Sowjetbürger war und aus der Sowjetarmee desertierte.

Man kann sich kaum vorstellen, dass, wenn Kogen tatsächlich aus der Sowjetarmee desertierte, er dann einige Jahre später als Tourist nach Sowjetrußland in die Ferien reisen würde. Man kann sich aber sehr gut vorstellen, dass Kogen, wie so viele sowjetische Juden, während des letzten Krieges aus den von den Deutschen okkupierten Gebieten nach Polen oder Rumänien flüchtete oder deportiert wurde und dann nach dem Krieg nach Israel auswanderte.

Da die sowjetischen Gesetze weder eine Doppelbürgerschaft noch eine Verjährung der politischen Vergehen anerkennen, und der Verzicht auf das sowjetische Bürgerrecht ist nach sowjetischen Gesetzen ein politisches Vergehen, soll jetzt Kogen bestraft werden.

Dieser Fall sollte als Mahnung für alle jene ehemaligen Bürger der Sowjetunion und anderer Satellitenstaaten dienen, die durch gewisse Liberalisierungsercheinungen im politischen Regime beeindruckt, sorglos und unvorsichtig genug sind, nach den Ostblockstaaten zu reisen. Auch die Ansicht, dass Gruppenreisen in die kommunistischen Staaten für solche Leute nicht gefährlich sind, weil man die Personalangaben «nur» im betreffenden westlichen Reisebüro machen muss und nur ein Kollektivpass ausgestellt wird, ist falsch, denn alle westlichen Reisebüros arbeiten eng mit den kommunistischen staatlichen Reisebüros zusammen, die ihrerseits, wie zum Beispiel das sowjetische Reisebüro Intourist, Filialen des Staatssicherheitsdienstes sind. gb

UdSSR Unrentable Strassentransporte

Da sich der Strassentransport in den vergangenen Jahren als unrentabel erwiesen hat, vor allem weil die einzelnen Lastwagen meistens unbeladen zurückfahren, hat man eine Zentralstelle errichtet, die bereits 50 Prozent der bisherigen staatlichen Unternehmen in sich vereint hat. Demnächst soll der gesamte Strassentransport in dieser Zentralstelle zusammengezogen werden. Obwohl sich hier gewisse Einsparungen ergaben, tauchten auch bestimmte Mängel auf, denn viele Unternehmen mieten z. B. auch dann für einen ganzen Tag die Fahrzeuge, wenn sie jene eigentlich nur für zwei bis drei Stunden benötigen.

Die Wirtschaftsleiter behaupten, es gäbe genügend Lastwagen, obwohl 24 Prozent des Wagenparks wegen den verschiedensten Defekten laufend stillsteht.

So ergibt sich eine ziemlich erhebliche Diskrepanz zwischen der theoretischen und der effektiven Transportkapazität. Um Ersatzteilschwierigkeiten soweit als möglich vorzubeugen, legen die Transportunternehmen überdimensionierte Ersatzteillager an, was ihre Liquidität ungünstig belastet. Im Durchschnitt stehen alle Lastwagen wegen Reparaturen während ungefähr 20 Prozent ihrer Arbeitszeit still. Als Beispiel kann diesbezüglich das zweite Moskauer Autokombinat angeführt werden, wo im Jahre 1962 von den 800 LKWs 675 eine Generalüberholung benötigten.

Der Strassentransport kostet die Sowjetwirtschaft jährlich 7 Milliarden Rubel. Die Tonnen-Kilometer sind sehr teuer, denn die durchschnittliche Länge eines Transportes beträgt nur 16 Kilometer.

Auf einer Konferenz der Werktätigen des Strassentransportes vom 14. bis 15. Juni 1963 in Alma-Ata (Kasachstan) wurde mitgeteilt, dass die kleinen, unrentablen staatlichen Transportunternehmen für die Volkswirtschaft einen jährlichen Verlust von 70 Millionen Rubel bedeuten.

Soziales

Ungarn

Musterheim ohne Wasser

Das Budapest Arbeiterwohnheim kostete 30 Millionen Forint und sollte ein Modellheim für alleinstehende Fabrikarbeiter werden.

Aber die Bewohner klagen laut Presse und Radio über folgendes:

— 1800 Arbeiter sind in dem Heim untergebracht, das für nur 1300 vorgesehen ist.
— Früher konnten die Arbeiter oft nicht baden, wenn sie von der Arbeit nach Hause kamen, weil kein Wasser mehr im Boiler war.

— Sie können aber jetzt immer noch nicht baden, weil der Boiler schon seit zwei Jahren nicht mehr funktioniert.

— Natürlich funktioniert auch die Heizung nicht, und im letzten Winter mit Aussentemperaturen von -15°C , war es auch in den Zimmern nicht viel wärmer, so dass viele Arbeiter sich erkälteten und einige sich auch Lungenentzündungen holten.

— Es besteht auch noch keine Aussicht, dass der Boiler in absehbarer Zeit repa-

riert wird, denn die Firma, die den Boiler lieferte, kann sich mit der Firma, die ihn installierte, nicht einigen.

— In den Zimmern gibt es keine Steckdosen, so dass man sich nicht einmal eine Tasse Tee oder Kaffee machen kann.

— Es ist zwar ein Gasofen da, aber er ist nicht angeschlossen.

— In den Zimmern ist das Bügeln verboten. Im ganzen Haus gibt es aber keine andere Gelegenheit, um zu bügeln.

— Es sind keine Räume da, um Gäste zu empfangen oder um zu arbeiten.

Das Heim soll nun ausgebaut werden, um Platz für 5000 Arbeiter zu bieten.

Radio Budapest schlug den Planern vor, erst einmal eine Pause zu machen und sich zu überlegen, dass die Arbeiter, die in diesem Heim wohnen müssen, sich gerne auch darin wohlfühlen möchten.

Wirtschaft

Ostblock

RGW-Normeninstitut

In den Industrien der einzelnen Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon) sind die Normierungen oft grundverschieden, was die Zusammenarbeit hemmt, wenn nicht unmöglich macht. In der CSSR gibt es 17 000, in Polen 13 000, in Bulgarien 6000 und in der UdSSR, Ungarn, der SBZ sowie in Rumänien ungefähr 10 000 Normen, die alle auf einen Nenner gebracht werden müssen, um die in Aussicht genommene internationale Arbeitsteilung verwirklichen zu können.

Aus diesem Grund wurde an der 16. Ratstagung des RGW auch für die Normenangelegenheiten eine ständige Kommission errichtet, an deren letzten Sitzung für die verschiedenen Normierungsarbeiten eine allgemeine Geschäftsordnung besprochen wurde, wodurch die Arbeiten der verschiedenen ständigen Kommissionen in diesem Zusammenhang einheitliche Grundsätze erhalten. Die ständige Kommission für Normenangelegenheiten bearbeitet nur die Grundnormen in den verschiedenen Sparten. Ihr Programm für 1963 umfasst 86 derartige Themen, u. a. die Vereinheitlichung der Aufschriften der elektrischen Schaltungen, der Maschinenbestandteile für die chemische Industrie, des Lochkartensystems der programmgesteuerten Maschinen.

Die Statuten des Normeninstituts des RGW, dessen Einrichtung in Aussicht genommen ist, sowie der organisatorische Aufbau des Instituts wurden bereits ausgearbeitet. Das Institut wird seinen Sitz in Moskau haben und sich mit umfangreichen Forschungen und Studien über die mit der Normierung zusammenhängenden Fragen beschäftigen.

«Wissenschaft»

SBZ

«Sozialistische Dolmetscher»

Gegen die an der Universität vielfach vertretene Auffassung, dass «ein Dolmetscher lediglich eine technische Hilfskraft und kein politischer Mitarbeiter der sozialistischen Verhandlungspartei» sei, wendet sich die SED-Parteileitung der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sie verlangt «Partei-

lichkeit für den Dolmetscher» und erklärt hierzu, der Dolmetscher müsse an jede Uebersetzung und an jedes Dolmetschen «mit einer klaren parteiichen Einstellung herangehen». Er müsse sich darüber klar sein, für wen er arbeite und danach sein Verhalten und seine Wortwahl einstellen.

«Der sozialistische Dolmetscher», erklärt die SED-Parteileitung an der Leipziger Karl-Marx-Universität, «muss vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse ausgehen und sich auf sein gut fundiertes Wissen in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus stützen.» Er müsse die politischen Zusammenhänge kennen und politisch mitdenken. Die SED verkennt nicht die Schwierigkeiten, die bei «Wortneubildungen der sozialistischen Gesellschaft» entstehen, von denen noch kein Äquivalent in den Fremdsprachen existiert, sie warnt aber davor, weiterhin mit einem veraltetem Ideengehalt verbundenen Begriffen zu operieren. Als Beispiel wird das Wort «Jugendweihe» angeführt, das immer wieder, «wie es auch in vielen Wörterbüchern zu finden ist», mit «Grashdanskaja Konfirmazija» übersetzt werde. Die SED verlangt, «politisch einwandfreie, parteiiche Lösungen für sprachliche Probleme zu finden».

Mit dem Vorschlag an die Sowjetzonen-Regierung, eine Verordnung für das gesamte Gebiet der DDR zu erlassen, mit der das «diffizile Problem der Vergabe eines Doppelzimmers in einer Uebernachtungsstätte an noch nicht Verheiratete» geregelt wird, beendet das Dresdener LDP-Organ «Sächsisches Tageblatt» eine Leserdiskussion um das Für und Wider eines «Doppelzimmers auch ohne Trauschein». Bis zum Erlass dieser Verordnung sei es besser, meint das «Sächsische Tageblatt», trotz einiger Härten die bestehende Regelung, dass eben für ein Doppelzimmer die standesamtliche Bescheinigung nötig ist, beizubehalten. Ausser dem Paragraphen 180, dem sogenannten «Kuppeleiparagraphen», gebe es keine gesetzliche Regelung dieser «immer öfter diskutierten Frage».

Militär

Afrika Somalia im Werben Moskaus und Pekings

Somalia, am Golf von Aden, hat eine grosse strategische Bedeutung, die sowohl von Moskau als auch von Peking erkannt wird. Die UdSSR errichtet dort einen Flottenstützpunkt, während China intensive Kulturwerbung betreibt. Beides geschieht im Namen uneigennütziger Hilfe.

Dass es den Sowjets nicht daran gelegen ist, der Bevölkerung Somalias zu helfen, sondern dass sie nur eigennützige, machtpolitische Ziele verfolgen, lässt sich an mehreren Beispielen leicht beweisen. Mit sowjetischer Unterstützung wurde in Somalia eine Schiffsingenieurschule errichtet. Dies ist die bisher einzige Schule des Landes, in der höheres Wissen vermittelt wird. Dem Kreml ist nicht etwa daran gelegen, den allgemeinen Bildungsstand zu heben, sondern er bezweckt, einseitig Spezialisten für seinen Flottenstützpunkt heranzuziehen. In jüngster Zeit wurden mit der Regierung Somalias Verhandlungen über die Lieferung von acht sowjetischen Kanonen-

booten und 20 Patrouillenschiffen geführt — von alten, versteht sich. Der Wert dieser Schiffe wurde mit 22 Millionen Dollar angesetzt. Darüber hinaus sagten die Unterhändler Moskaus zu, die Marineangehörigen Somalias durch sowjetische Spezialisten auszubilden. Die Kommunisten werden dabei auf keinen Fall vergessen, die Somalis gleichzeitig ideologisch zu beeinflussen.

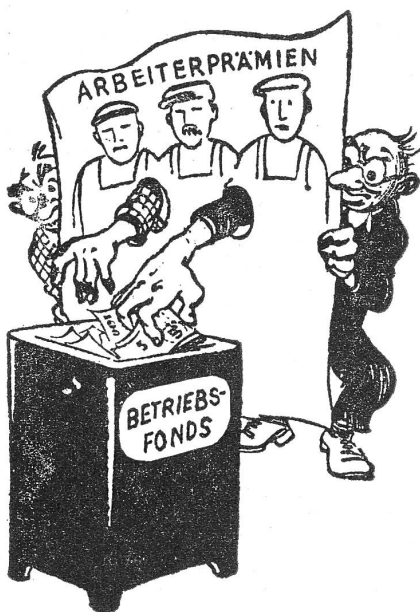
Aber die Sowjets haben bei ihrem Werben um Somalia einen Gegenspieler, der gleichfalls aus dem kommunistischen Lager stammt — Rotchina! Auch Peking hat die günstige strategische Lage Somalias erkannt und betrachtet es als sein Einflussgebiet. Im Augenblick hat die Sowjetunion noch Uebergewicht, weil Peking Somalia wirtschaftlich nur geringfügig unterstützen kann. Moskau sitzt in dieser Beziehung am längeren Hebel. Im Hintergrund aber ist bereits ein zäher Kampf der beiden kommunistischen Rivalen um den dominierenden Einfluss in Somalia entbrannt. Die Sowjets haben 500 junge Somalis zum Studium nach Moskau und Leningrad geholt. Peking hat ein Stipendium für 350 junge Leute gewährt. In anderen Ostblockstaaten werden zurzeit weitere 150 Jugendliche ausgebildet. Die verhältnismässig grosse Zahl junger Somalis,

die im kommunistischen Bereich studieren, lässt befürchten, dass die künftige Intelligenzschicht des Landes politisch weitgehend auf den Ostblock ausgerichtet ist. Der neue Flottenstützpunkt entsteht in der Hafunbucht, an der östlichen Spitze des «Horns». Der bisherige kleine Fischereihafen Hordio gilt als einer der schönsten Naturhäfen Afrikas. Am Bau des Stützpunkts sind neben 500 sowjetischen Spezialisten, denen ein mit Klimaanlagen ausgerüsteter Frachter als schwimmende Unterkunft dient, über 5000 Somalis beteiligt. Damit ist die Sowjetunion im Augenblick der grösste Arbeitgeber des Landes, was sich wiederum auch politisch auswirken muss.

Im Jemen sind zurzeit rund 1000 sowjetische Techniker tätig. Sie sind in kleineren Gruppen seit Oktober vergangenen Jahres in das Land eingereist. Fest steht, dass die Sowjets an der Errichtung eines Flughafens mitarbeiten und ausserdem beim Ausbau des Fernmeldewesens tätig sind. Für Behauptungen, dass die sowjetischen Techniker an Kampfhandlungen teilnehmen und vor allen Dingen als Piloten eingesetzt werden, gibt es zurzeit keine schlüssigen Beweise. Die rotchinesischen Berater, die unter der Herrschaft des Imam im Jemen tätig waren, haben das Land verlassen.



Im Mittleren Osten schaltet sich gegenwärtig die Sowjetunion in besonderem Masse ein (Kurdenfrage, Jemen, propagandistisch in Persien). Was der Westen dort unternimmt, ist nach kommunistischer Darstellung natürlich nur Imperialismus aus Oelinteressen (die natürlich auch bestehen, ebenso wie bei den Sowjets, die ihre grosse Erdöloffensive auf die freien Märkte vorbereiten). Die Skizze des italienischen KP-Organs «Unità» zeigt die «Belegung» des Orients durch die Oelgesellschaften.



Prämienverteilung

Die seit letzten Herbst in der Sowjetunion angelaufenen Wirtschaftsreorganisationen haben sich unter anderem zum Ziel gesetzt, den «materiellen Anreiz» an der Produktion auch für die einzelnen Arbeiter zu erhöhen. Das bisherige System, in erster Linie die Erfüllung der Arbeitsnormen zu überwachen und für zusätzliche Leistungen Prämien auszurichten, hat sich aus verschiedenen Gründen nicht bewährt. Einmal ist der Arbeiter an einem dauernden Uebersoll nicht allzusehr interessiert, weil sonst einfach die Normen «technisch angepasst», das heisst erhöht werden, und dann besteht die Tendenz, möglichst viel auf Kosten der Sorgfalt herzustellen. Damit pflegt die Qualität oft nahezu ebenso zu sinken wie die Quantität steigt. Um dem ersten Uebel abzuweichen, halten jetzt auf allen Stufen (vom Gesamtbetrieb bis zum Arbeiter) die sogenannten «technisch begründeten Normen» ihren Einzug. Sie sollen in der Theorie unabhängig von der bisherigen Leistung in erster Linie auf eine objektiv ermittelte Kapazität abstellen. In der Praxis wird die Arbeitskapazität natürlich doch meist auf Grund von Leistungsvergleichen ermittelt, wie Chruschtschew noch am letzten Parteikongress feststellte — übrigens auf recht humorvolle Art.

Zur Erreichung besserer Qualität werden alle Betriebsangehörigen einschliesslich der Arbeiter für schlechte Ware haftbar gemacht. Der Arbeiter muss sogar dann mit einem Lohnabzug rechnen, wenn ihn für die beanstandeten Minusergebnisse überhaupt keine Schuld trifft. Das soll das kollektive Verantwortungsbewusstsein heben.

Die Zulagen in Form von Prämien haben ebenfalls ihre kollektiven Aspekte im Rahmen der Betriebe. Der Betriebsfonds (meistens besteht noch ein gesonderter Prämienfonds) stellt die Grundlage für die Prämienverteilung dar. In der Praxis kommen freilich die Arbeiter nur zu einem Teil der ihnen zustehenden Prämien, weil

sich die «Werkstätigen» in Direktorenstellen und Funktionärsposten meist den Löhnenanteil sichern. Wie die Fassade gewahrt wird, zeigt die Karikatur aus dem sowjetischen Gewerkschaftsorgan «Trud».

BRIEFE

Baltische Aussenpolitik

Nach der Bekanntgabe der Zusammensetzung der sowjetlitauischen Regierung wurde vermerkt, dass aus der Liste der einzelnen Ressorts das Aussenministerium verschwunden ist.

Bekanntlich weisen die Regierungen der sowjetischen föderativen Republiken auch Ministerien für auswärtige Angelegenheiten auf. Angesichts der von Moskau zentral ausgeübten Gewalt sind die Aufgaben derartiger Ministerien allerdings rein propagandistischer Natur.

Nun hat Moskau anscheinend beschlossen, diese illusorische Ministerien allmählich ganz abzuschaffen. Der Anfang wurde in Litauen gemacht. Das im März bestellte Parlament Sowjetlitauens bestätigte die höchsten Regierungsorgane des Landes, das Aussenministerium fehlt jedoch diesmal.

Nach dem Tode des letzten Inhabers dieses Postens, K. Preiksas, war das Ministerium bereits seit einiger Zeit verweist.

Es sei darauf hingewiesen, dass auch in den anderen baltischen Sowjetrepubliken die Aussenminister immer weniger in Erscheinung treten. In Lettland übt dieses Amt der Minister für Unterrichtswesen, dagegen ist in Estland die Stelle mit dem Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten vereinigt.

A. G. in Bern

Haarausfall

In der letzten Nummer des KB (Nr. 24 vom 19. 6.) bringen Sie auf Seite 4 eine Mitteilung über ein neues russisches Mittel gegen Haarausfall namens «Sulsen». Dazu möchte ich doch bemerken, dass es sich

bei diesem Artikel wieder einmal um einen Fall der berühmten russischen Sucht handelt, fremde Erfindungen als eigene Leistungen auszugeben. Dabei ist hier die geistige Arbeit noch besonders minim, denn es existiert seit mehr als 10 Jahren ein amerikanisches Präparat unter dem Namen «Selsun», also mit praktisch dem gleichen Namen. Auch die Zusammensetzung ist nach Ihren Angaben praktisch gleich. Der einzige Unterschied besteht wohl darin, dass das amerikanische Produkt flüssig, das russische hingegen eine Paste ist. R. A., St. Gallen (Apotheker)

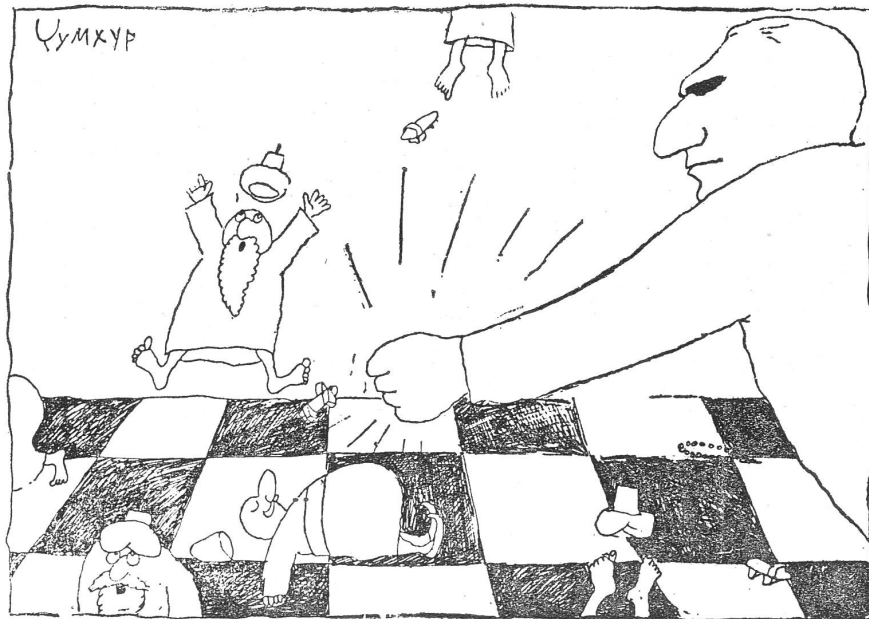
Die Meldung war in der offiziellen sowjetischen Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta», Nr. 20, 1963, veröffentlicht worden. Irgendeine Bezugnahme auf das amerikanische Präparat fehlte. Ihre Bewertung trifft also zu.

Red. KB

Der Schnappschuss

Die leitenden und verantwortlichen Positionen in der Politischen Hauptverwaltung der «Nationalen Volksarmee» waren bisher ausnahmslos von linientreuen Altkommunisten besetzt, die sich als Kämpfer im spanischen Bürgerkrieg hervorgetan hatten.

Beispielsweise war der derzeitige Botschafter der SBZ in Moskau, «Generalmojar» der NVA Rudolf Dölling» anschliessend «Admiral» Waldemar Verner Leiter der Politischen Hauptverwaltung. Diese Regel ist jetzt erstmals durchbrochen worden. Zurzeit amtiert als stellvertretender Chef und damit als Stellvertreter des Altkommunisten Verner der «Oberst» der NVA Hans Gossens, geboren am 19. September 1921 in Bocholt. Gossens war am 1. September 1939 unter der Mitgliedsnummer 7 194 106 der NSDAP beigetreten.



Schach-Matt («Politika», Belgrad)